Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1258

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Verschuld höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der illustrierten Unterhaltungsbeilage „Reisen, Wissen, Sport", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 1.96 RM., wöchentlich 45 Pf. Briefträgerlohn. Postbezug 1.95 M. zuzüglich Post- u. Zeitungsgeb. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 241. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 241 und 12 707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreise: die 30 mm breite Kleinspaltzeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 200 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 250 M. Familienanzeigen, Stellen- und Wohnungsgesuche 4% Preis-Rabatt. Für Briefgebühren 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 17 | Dresden, Dienstag, den 21. Januar 1930 | 41. Jahrgang

Schluß im Haag

Ratifizierung bis zum 25. Februar

N. Haag, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Die Haager Konferenz hat am Montag nachmittag in einer feierlichen Schlußsitzung ihr Ende gefunden. Vor dem Präsidenten Jaspar lag das Haager Protokoll mit 12 Anlagen, die von 50 Delegierten unterzeichnet werden mußten.

Der Präsident eröffnete 4.30 Uhr die Sitzung und verliest zunächst die Schlußakte. Dann erhebt sich ein tschechoslowakischer Delegierter und erklärt, daß die Tschechoslowakei nach den Haager Verträgen auf alle Rechte aus dem Versailler Vertrage verzichten wolle. Er müsse jedoch darauf aufmerksam machen, daß die Frage des Verzichts deutscher Staatsangehörigen aus dem liquidierten Eigentum noch nicht geklärt sei. Eine ähnliche Erklärung gibt der portugiesische Delegierte Ulrich ab. Präsident Jaspar bittet dann die einzelnen Delegierten, die vorliegenden Dokumente der alphabetischen Reihenfolge nach zu unterschreiben. Als erster unterschreibt Außenminister Dr. Curtius, ihm folgen die deutschen Minister Wirth, Robert Schmidt und Moldenhauer. Mehr als eine halbe Stunde dauert der Unterzeichnungsakt. Dann erteilt Jaspar dem englischen Schatzkanzler Snowden das Wort zu einem kurzen Rückblick auf die Konferenz und Dankesworten an die Delegierten. Jaspar selbst erklärt in seinem Rückblick, daß im Haag ein großes „Versöhnungswerk, ja Wiederversöhnungswerk" geleistet worden sei. Gegen 5.30 Uhr wurde die Sitzung endgültig geschlossen.

Die Verträge wurden von allen im Haag vertretenen Mächten unterzeichnet. Ihre Ratifikation soll spätestens in der Zeit zwischen dem 20. und 25. Februar erfolgen. Ende März soll dann die Internationale Bank in Basel ihre Tätigkeit aufnehmen.

Eine Huldigung für Stresemann

N. Haag, 21. Januar. (Eigener Funk.) Im Verlauf seiner Rede auf der Haager Schlußkonferenz führte der englische Schatzkanzler Snowden u. a. aus: „Keiner von uns hat erreicht, was er erstrebt hat. Wir haben aber ein Kompromiß erreicht, das ehrenvoll ist und wir sind besonders erfreut, daß es auch gelungen ist, die seit 10 Jahren erörterte schwierige Ostfrage in letzter Minute einer Lösung entgegenzubringen. Besonderer Dank gebührt aber vor allem der deutschen Delegation für ihr Verhalten in dem Ausschuß für deutsche Reparationen, wo sie mit viel Mut, aber auch mit vollkommener Verbindlichkeit in der Form die Interessen ihres Landes gewahrt hat — und ich bin überzeugt, daß alle guten Bürger ihres Landes ihr Anerkennung zollen werden. Es ist schließlich unmöglich, am Schlusse einer Arbeit von Jahren den zu vergessen, dessen Geist, wenn er auch selbst nicht mehr unter uns weilen kann, wir dieses Werk am meisten verdanken Dr. Stresemann, dessen Geist in unserem Werk enthalten ist. Wir legen in tiefer Ehrfurcht unseren ewigen Kranz auf sein Grab."

Die deutsche Delegation hat bereits am Montag nachmittag um 6.35 Uhr den Haag verlassen.

Nationalsozialistische „Politik". Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags beschloß am Montag, die Immunität des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Feder aufzuheben, der den Reichstag in einer öffentlichen Versammlung als „Saustall" und „Redebedürfnisanstalt" beschimpft hatte. Früher hat der Geschäftsordnungsausschuß in ähnlichen Fällen die Genehmigung der Strafverfolgung versagt. Die Aenderung seiner bisherigen Haltung zeigt, daß auch der Geschäftsordnungsausschuß entschlossen ist, dem Rowdytum nationalsozialistischer und kommunistischer Abgeordneten nicht länger freien Lauf zu lassen.

Heimkehr

Hugenberg: „Sehen Sie, Herr Schacht, ich hatte es mir auch leichter vorgestellt, Diktator zu werden."

Flottenkonferenz und Arbeiterregierung

Abrüstung!

S. London, im Januar. (Eig. Bericht.)

Auf drei Grundlagen ruht die Außenpolitik der Arbeiterpartei: Schiedsgerichtsbarkeit, Abrüstung und Sicherheit. Dreieinig sind sie, nicht zu trennen.

Das Genfer Protokoll von 1924 suchte sie auch äußerlich konstruktiv miteinander zu verbinden und im Sanktionsgedanken zu verankern. Der Plan selbst ist später durch die konservative Regierung gefallen, und das Verhältnis, in dem diese drei großen Forderungen zueinander stehen, hat sich verschoben. Die Forderungen selbst sind jedoch unverändert geblieben. Aus dieser grundsätzlichen Einstellung ergibt sich für jede sozialistische Regierung Großbritanniens die Aufgabe, das große Friedenswerk, das ihr vorschwebt, auf einer dreifachen Front in Angriff zu nehmen. Sie muß dabei helfen, den Gedanken der Schiedsgerichtsbarkeit zu fördern. Die Labourregierung hat deshalb, kurze Zeit nach der Aufnahme ihrer Arbeiten, die Fakultativklausel über die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit unterzeichnet und damit dem Gedanken der Schiedsgerichtsbarkeit einen neuen, entscheidenden Anstoß gegeben. Ueber drei Dutzend Staaten sind ihrem Beispiel gefolgt und haben nunmehr die lange hinausgeschobene Unterzeichnung der Klausel vorgenommen. Die Arbeiterregierung muß alles einsetzen, um dem Gefühl der Sicherheit, das sich trotz Locarno und Kellogg-Pakt bei vielen Staaten noch immer nicht eingestellt hat, zum Durchbruch zu verhelfen. Der von dem britischen Außenminister in Genf angeregte Versuch, Kellogg-Pakt und Völkerbundssatzung zu verschmelzen, liegt im direkten Verfolg dieses Bestrebens. Die Arbeiterregierung muß vor allem am Zustandekommen einer tatsächlichen und sichtbaren Abrüstung arbeiten, da es im Verlaufe der letzten fünf Jahre immer deutlicher geworden ist, daß hier der Hebel für einen baldigen und wirklichen Fortschritt in der Richtung auf die Befriedung der Welt liegt. Die Londoner Flottenkonferenz ist als eine Etappe in diesem Abrüstungsfeldzug geplant.

Es war eine der eindrucksvollsten Anklagen, die der Führer der Arbeiterpartei, J. Ramsay Macdonald, während der unfruchtbaren konservativen Jahre 1926/28 gegen Baldwins Regierung richtete, daß sie die aktive Arbeit an einer weiteren Entspannung Europas einschlafen lasse. Der damalige Führer der Opposition betonte immer und immer wieder, daß diese Arbeit am Frieden ständig im Fluß gehalten werden müsse, da sie sonst erstarre. So war es selbstverständlich, daß Macdonald und sein Außenminister Henderson nach Uebernahme der Regierung sofort die Initiative an sich rissen, wobei eine deutliche Arbeitsteilung zwischen dem Ministerpräsidenten und seinem Außenminister zutage trat. Während Henderson in erster Linie die schiedsgerichtlichen und Sicherheitsfragen im engeren Sinne in Angriff nahm, wandte sich Macdonald der Abrüstungsfrage zu, die zu Ende 1928 von der praktischen Politik völlig ausgeschaltet schien. Er hatte noch kaum sein Amt angetreten, da setzte bereits jenes große, historische Gespräch nach Washington hinüber ein, das der englisch-amerikanischen Spannung binnen wenigen Wochen ein Ende bereiten und im Triumph der amerikanischen Reise Macdonalds seinen äußeren Höhepunkt erreichen sollte. Damals, in Washington, wurden in den Unterredungen zwischen Macdonald und Hoover die Grundlagen für die Fünfmächtekonferenz gelegt, auf die in diesen Tagen die Augen der ganzen Welt gerichtet sind.

Während die früheren bürgerlichen Regierungen, unter Berufung auf die Vergangenheit, dem Frieden aufs tiefste mißtrauten, glauben die englischen Sozialisten, daß eine steigende Friedensbereitschaft der Nationen vorhanden sei, daß sie nur auf den Anstoß warte, und daß es daher die Pflicht der Arbeiterregierung sei, diesem gebundenen Friedenswillen zum Durchbruch zu verhelfen. Beide Lager anerkennen die Berechtigung der bewaffneten Macht, solange die Welt in Waffen starrt. Aber hier trennen sich ihre Wege. Während die Bürgerlichen daraus die Folgerung ziehen, daß man nicht abrüsten könne und warten müsse, steht die Labour Party auf dem Standpunkt, daß alles auf die Initiative zur Abrüstung ankomme, und daß alles getan werden müsse, um eine gemeinsame Abrüstung zu ermöglichen.

Der Ton liegt auf „gemeinsame Abrüstung". Die Arbeiterregierung ist zwar bereit, nach Möglichkeit Ersparungen im Bereiche ihrer bewaffneten Macht vorzunehmen, aber sie ist keineswegs gewillt, ohne Rücksicht auf die andern allein abzurüsten. Sie stützt sich in der Praxis nicht auf das tolstoianische Ideal der Gewaltlosigkeit — lediglich der linke Flügel der Unabhängigen Arbeiterpartei vertritt den Standpunkt, daß Abrüstung ein moralisches Postulat sei, das unter allen Umständen verwirklicht werden müsse. Die Arbeiterpartei sagt vielmehr zu den andern Mächten: „Wir sind bereit, abzurüsten. Wir sind hierbei bereit, unsre Rüstungen auf das für Polizeizwecke

Wie Hugenberg seine Leute kauft!

Verwüstung der DNVP.

D. In letzter Zeit sind von hohen rechtsgerichteten Persönlichkeiten wiederholt Versuche gemacht worden, die aus der Deutschnationalen Partei und aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion ausgeschiedenen Abgeordneten zur Rückkehr in das deutschnationale Lager zu bewegen. Diese Verständigungsversuche, die ohne Einverständnis und zum Teil gegen den ausdrücklichen Willen von Hugenberg unternommen wurden, müssen heute als endgültig gescheitert bezeichnet werden. Die deutschnationale Arbeitsgemeinschaft ist nach unseren Informationen entschlossen, weiterhin selbständig zu marschieren und dürfte unseres Wissens schon in allernächster Zeit mit einer programmatischen Erklärung vor die Oeffentlichkeit treten.

Warum diese Verständigungsversuche gescheitert sind ergibt sich u. a. aus dem Organ der christlichen Gewerkschaften, das sich zweifellos auf Informationen aus dem zu den christlichen Gewerkschaften zählenden Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband stützt. Das Blatt stellt fest, daß die Deutschnationale Partei selbst bei einem Rücktritt Hugenbergs noch jahrelang von dessen Geist beseelt sei, und begründet das wie folgt:

„Es ist zu bedenken, daß die Anhängerschaft Hugenbergs in steigendem Maße resultiert aus wirtschaftlichen Abhängigkeiten. Ein paar Beispiele: An Stelle des Reichslandbundführers Schiele ist Herr v. Goldacker in den Reichsaufsichtsratsmitglied der Ufa gemacht hat, der zweifellos den Eingang der Ufa-Tantiemen nicht gern missen möchte. Da ist der neue Pressechef der Partei, der einen sehr langjährigen Vertrag hat; er lebte mit einer bescheidenen Offizierspension in Hannover und ist nun nach Berlin geholt und in eine große repräsentative Wohnung gebracht worden. Der Umzug allein kostete so viel Geld, wie andere Leute zur Einrichtung einer ganzen Wohnung benötigen. Da ist weiter der Abgeordnete Schmidt (Hannover), ein pensionierter Hauptmann. Er ist Mitglied der Hugenbergschen Gesellschaft zur Rettung der deutschen Kultur. Er wohnt heute in einer Villa in Dahlem. Da ist weiter der Landtagsabgeordnete Steuer in der wohldotierten Position eines kommunalpolitischen Beraters und Verbindungsmannes.

Es ist bekanntgeworden, daß der ausgeschiedene Abgeordnete Hartwig gegenüber dem Parteivorstand, der ihn ausschließen wollte, darauf hingewiesen hat, daß es sogar ehrenamtliche Landesverbandsvorsitzende gibt, die auf ebensolche oder ähnliche Weise Gehalt beziehen! Natürlich wird das alles nicht mit dem Geld Hugenbergs bezahlt, sondern mit Geldern, die aus dem verrufenen nationalen Zweckvermögen stammen. Alle diese Leute werden natürlich Hugenbergsauer bleiben, selbst wenn der große Mann sich wieder in das Dunkel zurückziehen sollte. Wenn General Lettow-Vorbeck oder ein anderer die Partei wirklich führt, unabhängig und erfolgreich führen wollte, dann dürfte er mindestens 1½ bis 2 Millionen Mark aufwenden, um die direkten Schulden der Partei abzulösen (Hartwig bezifferte sie in der damaligen Parteivorstandssitzung auf 600 000 Mark; und weiter, um die Verpflichtungen an die durch Hugenberg direkt oder indirekt gestützten Parteianhänger abzulösen. Wobei der Nachfolger Hugenbergs immer noch, wohin er sieht, Menschen um sich hätte, die als Aufsichtsrat Hugenbergscher Konzernunternehmungen oder Mitglieder seiner Gesellschaften es für eine Amtsandverletzung halten würden, von der politischen Linie ihres Herrn abzuweichen."

Der „Deutsche" verrät nichts Neues: Die Schulden der Deutschnationalen Partei waren von jeher die Stärke Hugenbergs. Er hat das Amt eines Parteiführers nicht seiner Intelligenz, sondern seinem Geldbeutel zu verdanken, mit dem er zahlreiche auf ihn angewiesene und mit ihm durch dick und dünn gehende Kreaturen großzog. An diesem bewußt geschaffenen System krankt die Deutschnationale Volkspartei, und daran wird sie scheitern.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19300121/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG